

Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass die SOL nicht nur einseitig die intellektuellen Fähigkeiten fördert. Das künstlerische und das Handwerkliche hat gleich viel Gewicht, und dazu kommt, dass die SchülerInnen auch mit praktischen Arbeiten Verantwortung für das Schulganze übernehmen: Mit der Leitung der Schulkonferenz, beim Kochen, Abwaschen, Putzen, im Garten, in der Schulzeitung, an den Schulfesten. Wenn jemand die Schule kennenlernen will, führen SchülerInnen durch das Schulhaus, an Weiterbildungsveranstaltungen für auswärtige Lehrpersonenteams oder Bildungsfachleute geben SchülerInnen Auskunft. Man kann sich bei uns in ganz unterschiedlichen Bereichen entfalten und seine Stärken zeigen.

KH: Dass die SOL eine private Schule ist, bedeutet: Die Eltern müssen Schulgelder zahlen, denn irgendwie muss die Schule auch finanziert werden. Führt das nicht automatisch zu einer Auslese und widerspricht somit der Vorstellung von einer egalitären Gesellschaft?

BB: Ja, stimmt! Wir unterliegen letztlich den Bedingungen des Kapitalismus, das heisst wir müssen das Geld aufbringen, damit unsere Schule funktioniert. Wir versuchen das aber zu unterlaufen, indem wir zwar definieren, was das kostendeckende Schulgeld ist, und sehr froh sind um alle Eltern, die das bezahlen können. Aber wir haben noch nie ein Kind abgelehnt aus finanziellen Gründen. Wir handeln mit den Eltern, die das kostendeckende Schulgeld nicht aufbringen können, aus, wie viel ihnen möglich ist. Es gibt auch Eltern, die gar nichts oder sehr wenig bezahlen.

Wir sind in vielem sehr sparsam (allerdings nicht im Essen oder in den Schulmaterialien), in den Anfangsjahren konnten wir nur sehr beschränkte Löhne auszahlen. Heute sind wir soweit, dass alle, die an der Schule arbeiten, in etwa einen Primarlehrerlohn erhalten, und wir versuchen, nicht mehr zu viel unbezahlte Arbeit leisten zu müssen. Wir haben aus der Schule eine gemeinnützige Stiftung gemacht, damit alle sicher sein können, dass niemand allfällige Gewinne abziehen kann. Trotzdem können wir es uns nicht leisten, einfach alle aufzunehmen, auch wenn sie nichts bezahlen können. Irgendwann ist die Grenze erreicht, wir müssen dafür sorgen, dass wir überleben. Das ist ein echter Widerspruch. Unsere Schule ist ohnehin voll von Widersprüchen. Ich glaube nicht, dass man in der Bildung widerspruchlos handeln kann.

KH: Sie haben gesagt, dass es eigentlich praktisch keine demokratischen Strukturen an Ihrer Schule gibt. Die Schulleitung sei sogar sehr autoritär. Was ist denn überhaupt demokratisch an der SOL?

BB: An diesem Kongress gibt es 18 Thesen, was Demokratie sei. Da wird Demokratie

viel weiter gefasst als Mehrheitsentscheid oder parlamentarische Strukturen. Demokratie wird unter anderem auch definiert als Kampf gegen Ausschluss. Es soll niemand ausgeschlossen sein. Alle sollen ihre Bedürfnisse wahrnehmen können. Es haben alle dasselbe Recht, wahrgenommen und ernstgenommen zu werden. Und da, meinen wir, sind wir sehr stark, weil wir auf Selektion verzichten, weil wir absolut keine Noten machen. Wir verteilen auch keine Smileys mit abgestuften Mundwinkeln. Wir vergleichen kein Kind und seine schulischen Fähigkeiten mit einem anderen Kind, sondern immer nur mit sich selbst.

Es geht uns wirklich ganz stark darum, dass das einzelne Kind Vertrauen fasst, auch in seine Fähigkeiten, etwas zu lernen und sich in der Welt zurechtzufinden. Das, meine ich, ist eine demokratische Aufgabe: Dafür zu sorgen, dass jeder einzelne Mensch mündig wird, seine Bedürfnisse wahrnimmt, seine Bedürfnisse äussern kann, daran arbeiten kann, seine Bedürfnisse auch durchzusetzen, dass er das Recht dazu hat und die konkrete Möglichkeit.

KH: Würden Sie also sagen, dass die SOL anarchistisch ist?

BB: Die Idee – wir machen jetzt einfach Schule, wie wir wollen, und wir machen Schule anders als die Regelschule, die von der kantonalen Demokratie auf eine bestimmte Weise eingerichtet wurde, wir machen's an-

ders, wir machen's einfach so, wie wir es für richtig halten, und wir nehmen uns auch das Recht, ständig wieder etwas daran zu ändern, und wir nehmen uns die Freiheit heraus, es so zu machen, wie es unseren Bedürfnissen entspricht und das heisst natürlich auch, den Bedürfnissen der Kinder – ich glaube, das ist im Grunde tatsächlich eine anarchische Haltung.

Mit «anarchisch» sind dabei die alten Ideen der Anarchisten gemeint: Gesellschaftliche Ordnung und Harmonie entsteht nicht aus Zwang, nicht durch Machtausübung, es darf keine Herrschaft des einen über den anderen geben – eine reife Gesellschaft besteht aus freier Assoziation freier Menschen. Diese freien Zusammenschlüsse bilden Gemeinschaften. Die SOL legt viel Wert darauf, dass die an ihr Beteiligten, in erster Linie die Schülerinnen und Schüler, nicht nur sich frei entfalten und mündig werden, sondern dass sie auch Gemeinschaft lernen, das heisst Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der anderen und auf das Ganze. Und dass sie verstehen lernen, wieviel Gewinn sie selbst daraus ziehen. ■



RaBe finden Sie auf rabe.ch. Die Sendung ist nachzuhören unter <http://rabe.ch/2017/02/09/anarchistische-schule-mother-t-rex-skizzen-von-lou/>

Demokratie statt Managerialisierung

Wandel und Kontinuitäten der Kämpfe um universitäre Demokratie seit 1968. Von Peter Streckeisen

Am Kongress «Reclaim Democracy» nahmen ungefähr 1800 Personen teil. Die grosse Resonanz lässt sich vermutlich zum Teil dadurch erklären, dass mehrere politische Ereignisse der vergangenen Monate das Bild einer konkreten Bedrohung demokratischer Errungenschaften heraufbeschwört haben: von der Schliessung der Flüchtlingsrouten in Osteuropa über den Brexit bis hin zum autoritären Gehabe von Präsident Erdogan in der Türkei und zur Wahl Trumps in den USA. Darüber hinaus teilen wohl zahlreiche Menschen auch in Europa den Eindruck, die Demokratie funktioniere oft nur noch der Form nach und habe längst einen Teil ihrer früheren

Substanz eingebüsst. Daraus entstand die Idee der Organisator*innen, die Forderung nach einer Rückeroberung der Demokratie auf die politische Agenda zu setzen.

Wenn es um Demokratie geht, ist Bildung natürlich eine zentrale Frage. Und da der Kongress an der Universität Basel stattfand, war es naheliegend, in diesem Rahmen einen Workshop zum Thema «Universität und Demokratie» zu machen. Allerdings liegt dieses Thema heute nicht einfach in der Luft. Im Gegensatz zur Zeit der 1960er Jahre, als die studentischen Bewegungen in zahlreichen Ländern einen historischen Höhepunkt erreichten, steht bei heutigen kritischen Diskussionen und politischen Aktionen

mit Bezug auf die Universitäten meistens weniger die Frage der Demokratie als das Problem der Ökonomisierung im Zentrum. Studierende und Dozierende wehren sich gegen den Einfluss der Wirtschaft auf das Studium, kritisieren Sparmassnahmen und wenden sich gegen die in zunehmendem Masse um sich greifende betriebswirtschaftliche und manageriale Sicht, der zu Folge die Universitäten sich wie Unternehmen aufstellen und funktionieren sollen.

Für Demokratisierung: die Kämpfe von 1968

Die Frontlinien des Kampfs um die Universitäten haben sich demnach im letzten halben Jahrhundert deutlich verschoben. Im Kontext von 1968 stand die Forderung nach Demokratisierung der Universitäten im Zentrum. Sie war gegen die Verteidigung der traditionellen Ordinarienuniversität gerichtet, die den Professoren praktisch alle Macht in den Universitäten und weitreichende Privilegien sicherte. Die Forderung nach Demokratisierung richtete sich jedoch nicht nur nach innen, sondern auch nach aussen: Zum einen ging es darum, gegen die Macht der Professoren interne Mitbestimmungsrechte zu erkämpfen. Zum anderen stand aber auch die soziale Öffnung der Hochschulen für alle Bevölkerungsgruppen ebenso auf

«Exzellenzorientierung fördert ein individualistisches oder egoistisches Konkurrenzverhalten, das jeder Form von Solidarität abträglich ist.»

der Agenda wie die Aufforderung an die Wissenschaftler*innen, den so genannten Elfenbeinturm zu verlassen, sich in aktuelle politische Fragen einzumischen und für eine demokratische Gesellschaft zu kämpfen.

Hinter den hitzigen politischen Auseinandersetzungen der 1968er Jahre zeichnete sich allerdings bereits damals eine Perspektive der Universitätsreform ab, die aus einem technokratischen Geist der Modernisierung geboren war. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften propagierten Regierungsstellen ebenso wie Wirtschaftsverbände die Notwendigkeit, die Universität den veränderten Zeiten anzupassen, effizienter zu gestalten und den Unterricht zunehmend auf privatwirt-

schaftliche Jobs als berufliche Perspektive der Absolvent*innen auszurichten (wogegen es früher beinahe ausschliesslich darum gegangen war, Akademiker, Freiberufler und Beamte auszubilden). Der politische Druck, der von den studentischen Protesten ausging, wurde teilweise in diese Richtung zu kanalisieren versucht – durchaus auch gegen jene Teile der Professorenschaft, die am traditionellen System festhalten wollten. Diese Tendenz ist inzwischen dominant geworden und hat mit der Bologna-Reform einen institutionellen Ausdruck auf europäischer Ebene gefunden. Studieren heisst seither Kreditpunkte sammeln und keine Zeit verlieren auf dem Weg zur Aneignung der persönlichen employability.

Gegen Ökonomisierung: die Kämpfe von heute

Was bedeutet es vor diesem Hintergrund, das politische Erbe von 1968 aufzugreifen und die Frage nach dem Zusammenhang von Universität und Demokratie neu zu thematisieren? Das war die Frage, welche im Zentrum dieses Workshops stand. Im notwendigen Kampf gegen die Ökonomisierung geht nur allzu schnell vergessen, dass es innerhalb der Universitäten mit der Demokratie immer noch nicht weit her ist, und dass auch die soziale Selektion beim Zugang zu Studium und wissenschaftlicher Laufbahn – trotz wichtiger Fortschritte, insbesondere betreffend den Zugang von Frauen – immer noch eine hohe Barriere für junge Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen darstellt. In diesem Kontext laufen Studierende und Mittelbauleute Gefahr, sich im Kampf gegen die Ökonomisierung für Interessen der Professorenschaft instrumentalisieren zu lassen oder unreflektiert eine Haltung einzunehmen, die da-

rauf hinausläuft, die traditionelle Kultur der Bildungseliten nicht nur gegen Manager und Unternehmer zu verteidigen, sondern auch gleich als Massstab zu setzen, um auf jene steigende Zahl Studierender hinunter zu schauen, die nicht aus akademischen oder Lehrerfamilien stammen und sich mit der Idee und Praxis eines freien Studiums à la Humboldt schwer tun mögen.

Der Workshop «Universität und Demokratie» war aber nicht als abstrakte oder rein theoretische Diskussion konzipiert, sondern setzte sich mit konkreten Erfahrungen und Kämpfen von Studierenden und Mittelbauleuten an schweizerischen Universitäten auseinander. Den ersten Beitrag steuerten Sina Deiss, Farah Grütter und Saskia Jaeggi bei, die im Vorstand der Fachgruppe Sozio-

logie der Universität Basel engagiert sind. Sie beschrieben die Tätigkeit der Fachgruppe und stellten fest, dass Zugeständnisse an Forderungen der Studierenden immer noch vom Goodwill einzelner Professor*innen abhängig sind. Nicht nur wissenschaftliche Disziplinen, sondern auch die einzelnen Lehrstühle funktionieren gemäss einer Logik der Konkurrenz um ökonomische Ressourcen und akademisches Prestige. Dies erschwert nicht nur den inhaltlichen Austausch und die Zusammenarbeit, sondern lässt studentische Anliegen als zweitrangig erscheinen, wenn nicht als unerwünschte Zwischenfälle oder Störmanöver. Die Managerialisierung der Universität hat keineswegs zur Abschaffung hierarchischer Strukturen geführt: Oftmals werden Studierende nicht auf Augenhöhe wahrgenommen und ihre Forderungen als unangemessen oder sogar als frech betrachtet. Zahlreiche Dozierende hadern mit den Leistungen oder dem Verhalten der Studierenden. Sie werfen ihnen vor, nur noch nach Kreditpunkten Ausschau zu halten, oder sind der Meinung, die heutigen Studierenden erreichten nicht mehr das intellektuelle Niveau ihrer eigenen Generation. So stellt sich in vielen Fällen eine gewisse Fremdheit zwischen Dozierenden und Studierenden ein. Überhaupt fühlen sich zahlreiche Studierende nicht wirklich als Teil der Universität: Manche nehmen sich eher als Kund*innen wahr und richten ihr Verhalten strategisch an den Anforderungen des Kreditpunktesystems und des Arbeitsmarkts aus; andere fühlen sich an der Universität eher überfordert; die wenigsten interessieren sich für die Möglichkeit, sich unipolitisch einzusetzen und die Dinge zum Besseren zu verändern. Wie andere studentische Gruppen ist die Fachgruppe Soziologie deshalb einem dauernden personellen Wechsel unterworfen, der es nicht nur schwierig macht, gewisse Forderungen über einen längeren Zeitraum beharrlich zu vertreten, sondern ganz grundlegend sich die Tradition studentischen Engagements anzueignen und die eigene Geschichte zu kennen.

Aktuelle Zürcher Erfahrungen

Lukas Buser, Melanie Jeblinger, Pascal Broenimann, Timothy Schürmann und Lukas Posselt von kriPo Hochschulen Zürich berichteten von ihrem Kampf gegen die laufende Bologna-2020-Reform der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich. Dabei geht es vor allem um die Abschaffung der kleinen Nebenfächer und um eine Studienzeitsbeschränkung für BA- und MA-Studierende. Für die kriPo ist Bologna 2020 Teil einer Ökonomisierungstendenz, die seit Jahren um sich greift. Zugleich orientiert sich die Universität Zürich mit der Reform an Leitlinien der League of Eu-

ropean Research Universities (LERU), einem Zusammenschluss von 23 Hochschulen, die sich als europäische Forschungselite sehen. Mit weiteren Gruppen von Studierenden gelang es der kriPo zwar, Widerstand gegen Bologna 2020 zu organisieren. Ziemlich rasch allerdings wurden diese Ansätze des Widerstands in den offiziellen studentischen Gremien durch Studierende, welche Argumente der Universitätsleitung oder der Professorenschaft übernahmen, ausgebremst. Auf Grund ihrer Erfahrungen kommt die kriPo zum Schluss, dass die Partizipation der Studierenden eigentlich nur insoweit erwünscht ist, als sie zur Legitimierung bereits getroffener Entscheide beiträgt. Als Hindernis erweist sich nicht nur der geringe Anteil der Studierenden in den Gremien der Universität (in aller Regel bewegt er sich im einstelligen Prozentbereich), sondern darüber hinaus das Desinteresse der meisten Studierenden an Hochschulpolitik sowie der politische Konformismus derjenigen, die sich in offiziellen Gremien engagieren. Für die kriPo ist es wichtig, die Universität nicht unabhängig von der restlichen Gesellschaft zu sehen und ihre hochschulpolitischen Forderungen mit einer Kritik der kapitalistischen Gesellschaft zu verbinden. Trotz dieser politisch konsequenten Positionierung hält sie es allerdings für wichtig, Vertreter*innen in Universitätsgremien zu haben, um rechtzeitig an Informationen zu gelangen und Widerstand möglichst frühzeitig organisieren zu können.

Petition für Forschung und Wissenschaft

Antoine Chollet, Forscher am Centre Walras-Pareto der Universität Lausanne, stellte die Petition «Pour la recherche!» vor, die von Vertreter*innen des Mittelbaus in der Romandie lanciert wurde (pour-la-recherche.ch). Den Anlass dafür bildeten die Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen des Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Dabei hatte sich gezeigt, dass die Verantwortlichen des SNF in keiner Weise geneigt waren, auf die Anliegen und zentralen Forderungen der Nachwuchsforschenden einzugehen. Die Kolleg*innen an der Universität Lausanne begannen deshalb damit, solche Anliegen und Forderungen selbst systematisch zusammenzutragen. Es zeigte sich, dass den Leuten im Mittelbau vor allem folgende fünf Probleme zu schaffen machen: die zunehmende Prekarität der Arbeitsbedingungen und Berufsaussichten; der akademische Produktivismus, der dazu zwingt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu publizieren; die universitären Hierarchien, die durch die neoliberale Politik eher noch verstärkt worden sind; die zunehmende Abwertung der Lehre im Vergleich zur Forschung; sowie die Tatsache, dass

der Frage nach dem Sinn der Forschungsprojekte oft zu wenig Raum gegeben wird. Wenn auch die Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen an den Universitäten weit verbreitet ist, so regt sich in der Regel doch wenig Widerstand im Mittelbau. Die meisten Kolleg*innen spielen das Spiel mit, weil sie Angst haben, sonst aus dem Rennen zu fallen, oder weil sie keine Möglichkeit für Veränderungen sehen. Antoine Chollet nannte folgende Themen, die für eine Verbesserung der Situation des Mittelbaus und der Forschenden im allgemeinen wichtig wären: die Verfügung über ausreichend Zeit und über sichere Anstellungsbedingungen für die Forschungsarbeit; die Demokratisierung der Universitäten; die Förderung von Kreativität, Erfindergeist und Pluralität an Stelle einer forcierten Ausrichtung an einem einseitigen Verständnis von Exzellenz; die Förderung des Kollektivs an Stelle der individuellen Konkurrenzlogik; die Gewährleistung des Grundsatzes, dem zu Folge Forschung und Lehre in jedem Fall entlohnt werden müssen (im Gegensatz zur Tatsache, dass heute sehr viel wissenschaftliche Arbeit unter- oder sogar unbezahlt geleistet wird); und die Herstellung von Vertrauensbeziehungen unter den Forschenden, die es für eine produktive Zusammenarbeit braucht.

Arbeitsbedingungen und Perspektiven des Nachwuchses

Den vierten und letzten Beitrag zum Workshop präsentierten Sophie Bürgi und Matthias Luterbach vom Zentrum Gender Studies der Universität Basel. Sie bezogen sich auf eine Studie, die sie zusammen mit Anika Thym und Laura Eigenmann an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel durchgeführt hatten. Unter dem Titel «Exzellenz und/oder vielfältige Lebensentwürfe» wurden in dieser Untersuchung die Arbeitsbedingungen einerseits sowie die beruflichen Identitäten und Perspektiven von (mehrheitlich) Nachwuchsforschenden andererseits auf sehr anschauliche Weise analysiert. Dabei zeigte sich unter anderem, dass die gegenwärtige Exzellenzorientierung ein Hindernis für politisches Engagement und demokratische Mitbestimmung darstellt. Dies liegt zum einen daran, dass Nachwuchsforschende dazu angehalten werden, dem Forschungserfolg alles andere unterzuordnen, so dass kaum Zeit für eine kritische Auseinandersetzung mit der Institution Universität oder die Teilnahme an politischen Aktivitäten bleibt (erst recht nicht bei jenen Kolleg*innen, die viel unterrichten und/oder Kinder haben...). Zum anderen fördert die Exzellenzorientierung ein individuelles oder egoistisches Konkurrenzverhalten, das jeder Form von Solidarität abträglich ist. Im zweiten Teil ihres Beitrags wiesen Sophie Bürgi und

Matthias Luterbach darauf hin, dass eine erfolgreiche akademische Laufbahn auch heute noch in aller Regel auf spezifisch männlich geprägten Lebensentwürfen beruht. Wer vom Modell dieser hegemonialen Männlichkeit abweicht – die Mehrheit der Frauen, aber auch Männer mit alternativen Lebensentwürfen – ist im komplexen Geflecht von Exzellenzanforderungen und Fördermechanismen deutlich benachteiligt. Die Demokratisierung der Universität müsste deshalb auch solche Ausschlüsse beim Zugang zur akademischen Laufbahn ins Visier nehmen. Aus Sicht der feministischen Standpunkttheorie würde dies auch der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit zugute kommen, denn eine Pluralisierung der Lebensentwürfe würde auch die Pluralisierung der Forschungsperspektiven und deren produktive Interaktion begünstigen.

Exzellenz oder Vielfalt

Natürlich war es in einem zweistündigen Workshop nicht möglich, für die angesprochenen Probleme gleich noch konkrete Lösungen zu erarbeiten und deren Umsetzung in die Wege zu leiten. Es hat sich aber deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, den Kampf gegen die zunehmende Ökonomisierung mit Überlegungen zur Demokratisierung der Universitäten zu verbinden. Wir müssen nicht nur darüber sprechen, was wir nicht wollen, sondern auch artikulieren, wie wir uns die Universität der Zukunft wünschen. Der Blick zurück nach 1968 kann dabei als Inspiration dienen und Mut machen. Wir können aber nicht einfach die damaligen Forderungen wiederholen, weil sich seitdem die Universitäten ebenso wie die Gesellschaft wesentlich verändert haben. Im Kontext von 1968 war Humboldt sozusagen ein Rechter: Konservative Professoren beriefen sich auf ihn, um ihre Privilegien zu verteidigen. Inzwischen ist Humboldt praktisch ein Linker geworden, auf den sich die Kritik der Ökonomisierung beruft. In dieser Situation ist es wichtig daran zu erinnern, dass die humboldt'sche Universität mit ihrer Vorstellung des Studiums als Persönlichkeitsentwicklung immer als Eliteinstitution gedacht war. Vielleicht liegt unsere Aufgabe heute weniger darin, an dieses Ideal zu erinnern als die Frage aufzuwerfen, ob und wie es in der universitären Realität demokratisiert, das heisst Menschen mit ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft und Lebensentwurf zugänglich gemacht werden kann. ■

Peter Streckeisen ist Dozent für Community Development an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) sowie Privatdozent an der Universität Basel.